

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 01.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	11.12.2012 / Ratsversammlung (später: Jugendhilfeausschuss) TOP 10.3 - 0190/2008/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der FDP-Ratsfraktion betr. Schaffung einer zentralen Anmelde-Liste für die Vergabe der Kindertagesstättenplätze in Neumünster
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Der Antrag wird an den Jugendhilfeausschuss verwiesen. Dieser stimmt dem Antrag am 05.02.2013 zu. Die Verwaltung ist aufgefordert, eine stadteinheitliche Anmelde-Liste für alle Kita-Plätze im Stadtgebiet zu erstellen. Als Zeitziel wird der 01.08.2013 vorgegeben.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Frühkindliche Bildung - Abt. Verwaltung -
Aktueller Sachstand	<p>Zwischenzeitlich wurde ein eigenes EDV-Verfahren erstellt, das dem Jugendhilfeausschuss in der Sitzung am 02.12.2014 im Rahmen der Mitteilungsvorlage MV 0160/2013 vorgestellt wurde. Die Verwaltung hat letztmalig am 07.07.2015 im Jugendhilfeausschuss berichtet (0243/2013/MV). Demnach sollte das Programm zum 01.08.2016 - also zum Beginn des Aufnahmeverfahrens für das Betreuungsjahr 2016/2017 - eingesetzt werden.</p> <p>Nach Auskunft des Fachdienstes 03 (Zuständig für die Erstellung des Auftrites) wird die Realisierung nunmehr voraussichtlich zum Jahreswechsel 2018 angestrebt. Der Jugendhilfeausschuss wird voraussichtlich im Monat November 2017 mit einer diesbezüglichen Vorlage beteiligt. Hierzu wird in der betreffenden Sitzung eine Präsentation erfolgen. Der Sachstand ist insofern unverändert.</p>
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
Ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 02.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	17.09.2013 / Ratsversammlung TOP 9.2 - 0007/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Fortschreibung des integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK)
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	U. a. ist das ISEK hins. der zwischenzeitlich seit der Kenntnisnahme durch die RV am 16.05.2006 eingetretenen Veränderungen fortzuschreiben. Das räumliche Entwicklungsleitbild sowie die im ISEK erarbeiteten Leitziele und Handlungsschwerpunkte werden von der RV als ganzheitlicher Orientierungsrahmen der zukünftigen Stadtentwicklung bestätigt. Die Verwaltung wird beauftragt, weiterführende Fachkonzepte bzw. teilräumliche Entwicklungskonzepte zu erarbeiten u. zur Beschlussfassung vorzulegen. Zum Stand der Umsetzung des ISEK ist jährlich zu berichten (Stadtentwicklungsberichte).
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Mit der Drucksache 0576/2013 hat die Verwaltung am 17.11.2015 den Auftrag erhalten, geeignete Maßnahmen zur Umsetzung der stadtentwicklungspolitischen Ziele zu entwickeln und dazu ein Beteiligungsverfahren durchzuführen. Ein zweiter Stadtentwicklungsbericht wurde der RV am 07.06.2016 vorgelegt (0356/2013/MV). Mit der DS 0852/2013 wurde in der November-Sitzungsfolge 2016 zur Weiterentwicklung des ISEK zum umfassenden Steuerungsunterstützungssystem berichtet. Außerdem wurde das durch die Einordnung der stadtentwicklungspolitischen Ziele in den Produktrahmen entstandene ISEK-Zielsystem zum Beschluss gestellt. Die RV hat in der Sitzung am 22.11.2016 den entsprechenden Beschluss zur der Drucksache 0852/2013/DS gefasst. Der dritte Stadtentwicklungsbericht wurde erstellt und den Gremien der Selbstverwaltung zur letzten Sitzungsfolge vor der Sommerpause 2017 vorgelegt (0470/2013/MV). Der Sachstand ist unverändert.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	Siehe auch lfd. Nr. 32 „Stadtteilrahmenpläne“

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 03.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	18.02.2014 / Ratsversammlung TOP 10.6 - 0072/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Konzepte für die Beseitigung der Baumängel am Feuerwehrhaus der Freiwilligen Feuerwehr Wittorf
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die RV beauftragt die Verwaltung, den zuständigen Ausschüssen jeweils bis zur ersten Sitzung nach den Sommerferien 2014 Konzepte mit Kostenschätzungen für die Beseitigung der Baumängel am Feuerwehrhaus der FFW Wittorf vorzulegen. Gleichzeitig ist diesen Gremien schnellstmöglich eine Stellungnahme zu möglichen Gefährdungen vorzulegen, die eventuell aus den Baumängeln entstehen können. Der Stadtteilbeirat ist bei der Beratung zu beteiligen. Die Federführung liegt beim Bau-, Planungs- und Umweltausschuss.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Gebäudewirtschaft, Tiefbau und Grünflächen – Abt. Zentrale Gebäudewirtschaft -
Aktueller Sachstand	Die Verwaltung hat einen Entwurf für einen Teilneubau für die Beseitigung der Baumängel erstellt. Die grundsätzlichen Probleme lassen sich jedoch an dem Standort und auf dem Grundstück nicht lösen. Der Fachdienst Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz hat daher vor einer Fortsetzung der Planung die Möglichkeiten der Zusammenlegung der Wehren aus südlichem Stadtgebiet auf freiwilliger Basis geprüft, sieht jedoch keine dahingehende Perspektive. Aufgrund der zurzeit nicht absehbaren Entwicklung der Wehren empfiehlt der Fachdienst Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz das bestehende Gebäude soweit möglich in einem den Anforderungen der Feuerwehr Unfallkasse entsprechenden Zustand zu erhalten. Das Gebäude wird weiterhin regelmäßig durch einen Statiker überwacht.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 04.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	04.11.2014 / Ratsversammlung TOP 9.3 - 0148/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Kleine Anfrage der SPD-Ratsfraktion betr. Tank- und Rastanlage Entwicklungsfläche Nord hier: Fortschreibung der der Richtlinie zur Vergabe von Gewerbegrundstücken.
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Im Zusammenhang mit der Beantwortung der o. a. Anfrage kündigt der Obm eine Fortschreibung der der o. a. Richtlinie aus dem Jahr 1993 an. Diese Fortschreibung soll mit dem Ziel überarbeitet werden, die angemessene Beteiligung der Selbstverwaltung zu gewährleisten und bessere Ergebnisse zu erlangen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung – Abt. Grundstücksverkehr -
Aktueller Sachstand	In Bezug auf die Vergabe hins. der Tank- und Rastanlage an der Entwicklungsfläche Nord waren mit Beschluss der RV am 16.02.2016 (0598/2013/DS) die Kriterien festgelegt worden. Die Ausschreibung wurde erfolgreich durchgeführt. Die Ratsversammlung hat mit Beschluss vom 14.02.2017 (0914/2013/DS) über den Verkauf an den erstplatzierten Bewerber entschieden. Eine Neufassung der Richtlinie zur Vergabe von Gewerbegrundstücken wird derzeit erarbeitet. Dazu gibt es keinen neuen Sachstand.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 05.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	31.03.2015 / Ratsversammlung TOP 12.3 - 0178/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Nutzung Kinderferiendorf
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die Verwaltung wird gebeten, den Fachausschüssen bis nach der Sommerpause Vorschläge zu machen, wie das Kinderferiendorf von einer großen Zahl von Kindern und Jugendlichen wieder genutzt werden kann. Dabei sind sowohl bauliche als auch inhaltliche Aspekte zu berücksichtigen. Wenn eine Sanierung der Holzhäuser unwirtschaftlich ist, ist der Vorentwurf von Stoy-Architekten aus dem Jahr 2008 der aktuellen Kostensituation anzupassen und ebenfalls zu prüfen, ob es kostengünstigere Bauweisen gibt.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Schule, Jugend, Kultur und Sport
Aktueller Sachstand	Die RV hat einer Vorlage der Verwaltung in ihrer Sitzung am 17.11.2015 zugestimmt (0566/2013/DS). Danach wurde zunächst mit Hilfe von Sponsoren ein Gebäude renoviert und am 02.09.2017 offiziell der Stadt vorgestellt. Der Renovierung dieses Gebäudes sollen sukzessive weitere folgen. Nach Abschluss der Renovierung des ersten Hauses wurde seitens der Sponsoren eine zeitnahe Herrichtung weiterer Häuser in Aussicht gestellt. Gleichzeitig wurde der Wunsch nach Instandsetzung /Renovierung der Sanitärgebäude und der Küche durch die Stadt Neumünster geäußert, da dies die Möglichkeiten der Sponsoren überstiege. Die RV hat daraufhin am 22.11.2016 auf der Grundlage eines interfraktionellen Antrags zur Sanierung des Küchengebäudes und der Sanitärgebäude 150.000,00 Euro bereitgestellt (0323/2013/An). Dieser Betrag wird den Serviceclubs als Sponsoren der o. g. Maßnahme auf Abruf nach Baufortschritt zur Verfügung gestellt. Die Sanierung dieser Gebäude ist auf Grundlage eines durch den Fachdienst 40 erarbeiteten Anforderungsprofils im Zeitraum Oktober 2017 bis April 2018 vorgesehen.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 06.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	31.03.2015 / Ratsversammlung TOP 12.5 - 0177/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Kooperation mit der Wohnungsbau GmbH
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Dem Antrag wird in der Fassung eines Änderungsantrags der Ratsfraktion Die Grünen zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, zusätzliches Bauland im Stadtgebiet zu entwickeln. Sowohl der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss als auch der Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss werden mit der weiteren Beratung beauftragt.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Die Verwaltung bereitet derzeit die Entwicklung neuer Baugebiete vor. Bei den jetzt laufenden bzw. kurzfristig anstehenden Bauleitplanverfahren handelt es sich jedoch um kleinere Änderungs- oder Nachverdichtungsverfahren, die sich inhaltlich nicht für eine Kooperation im o. g. Sinne eignen. Der Sachstand ist unverändert.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 07.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	31.03.2015 / Ratsversammlung TOP 12.6 - 0161/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Kooperationsvereinbarung zwischen Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe und Regionalen Bildungszentren gemäß § 43 (6) SchulG
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die RV begrüßt die Planungen der 3 RBZ, Kooperationsvereinbarungen mit Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufen abzuschließen. Die Verwaltung wird beauftragt, mit allen eventuell betroffenen Schulen die möglichen Folgen zu eruieren und dem Schul-, Kultur- und Sportausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. U. a. ist dabei auch zu prüfen, ob ggf. auch ohne Kooperations-Vereinbarung ein gemeinsames Bewerbermanagement möglich ist. Es ist ebenfalls die Möglichkeit zu prüfen, inwieweit eine Kooperation m. d. Jugendberufsagentur möglich ist.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Schule, Jugend, Kultur und Sport
Aktueller Sachstand	Die Verwaltung hat den Schul-, Kultur- und Sportausschuss in dessen Sitzung am 05.11.2015 informiert (0286/2013/MV). Der Sachstand ist unverändert.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Die Verwaltung betrachtet die Angelegenheit mit der o. a. Mitteilungsvorlage als erledigt.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 08.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	22.04.2015 / Ratsversammlung TOP 9.1 - 0186/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Planungsstand Rad-Station am Hauptbahnhof
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die Verwaltung wird beauftragt, in der nächstmöglichen Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses den Planungsstand der Radstation am Hauptbahnhof gemäß Beschluss des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses vom 03. April 2014 darzustellen. Dabei sollen Förderprogramme von Seiten des Landes im Rahmen der "Bike & Ride Projekte" sowie die damit verbundenen Rahmenbedingungen und etwaige bisherige Gespräche mit möglichen Betreibern einbezogen werden. Ferner sind Umsetzungsvorschläge vorzulegen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Die Verwaltung hat den Bau-, Planungs- und Umweltausschuss in dessen Sitzung am 02.07.2015 umfassend informiert (0241/2013/MV). Die RV hat in ihrer Sitzung am 26.04.2016 der entsprechenden Verwaltungsvorlage zugestimmt (0699/2013/DS). Der Förderungsantrag nach dem GVFG wurde bewilligt, ebenso der Antrag auf Co-Finanzierung des gemeindlichen (städtischen) Eigenanteils aus dem Förderfonds Nord der Metropolregion Hamburg. Mit dem Bau wurde Mitte des Monats September 2017 begonnen. Die Fertigstellung ist Ende des Monats November 2017 geplant.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 09.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	14.07.2015 / Ratsversammlung TOP 12.7 - 0202/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der FDP-Ratsfraktion betr. Optimierung des Baustellenmanagements
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die RV bittet die Verwaltung, das Baustellenmanagement zu optimieren (Präzisierung des Beginns und Endes bei Auftragsvergabe, keine Verwaisung der jeweiligen Baustelle, regelmäßige Koordination zwischen den Leitungsträgern, Ermittlung der Bedingungen und Kosten für interaktiven Stadtplan für die Homepage der Stadt). Gem. des Änderungsantrags der SPD-Rathausfraktion ist zudem die Koordination zwischen den diversen Leitungsträgern zu optimieren.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Gebäudewirtschaft, Tiefbau und Grünflächen – Abt. Tiefbau
Aktueller Sachstand	Mit Beschlussfassung zum Stellenplannachtrag (0645/2013/DS) hat die RV in Ihrer Sitzung am 15.03.2016 der Schaffung zusätzlicher Stellen für ein optimiertes Baustellenmanagement zugestimmt. Die Stadt Neumünster hat am 01.02.2017 einen Baustellenkoordinator (Diplom-Verkehringenieur) eingestellt. Die Erfassung von Maßnahmen im Straßenraum ist nahezu vollständig abgeschlossen. Die Einarbeitung der Beteiligten in für diesen Zweck beschafftes EDV-Programm erfolgt gegenwärtig. Die SWN wird dahingehend sensibilisiert, dass zukünftig kürzere Bauzeiten im Interesse der Stadt Neumünster erfolgen. Für das Jahr 2018 ist beabsichtigt, von der Erteilung von Jahrgenehmigungen abzusehen. Der Einfluss der Stadt Neumünster auf die Bauabläufe im Straßenraum wird dadurch erhöht.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Die Arbeit des Baustellenkoordinators trägt wesentlich zur Optimierung des Baustellenmanagements bei. Es wird daher vorgeschlagen, den Punkt für eine Berichterstattung an dieser Stelle als erledigt zu betrachten.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

lfd. Nr. 10.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	16.02.2016 / Ratsversammlung TOP 11.5 - 0251/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Freies Radio Neumünster
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die RV beschließt den Antrag der SPD-Ratsfraktion in einer modifizierten Fassung: <ol style="list-style-type: none">1. Die Ratsversammlung unterstützt die Initiative von „Freies Radio Neumünster e. v.“, die das Ziel hat, einen nichtkommerziellen Lokalfunk für die Region Neumünster, Bordesholm, Nortorf, Padenstedt zu betreiben.2. Dem Verein „Freies Radio Neumünster e. v.“ werden kostenfrei Räumlichkeiten im Gebäude Anscharstr. 8/10 (neuer Standort AJZ) für seine Vereinszwecke – insbesondere für die Aufnahme eines Sendebetriebs – zur Verfügung gestellt.3. Für Übergangszeit bis zur Fertigstellung des Gebäudeumbaus stellt die Stadt geeignete andere leerstehende Räume z. B. in Schulgebäuden mietfrei zur Verfügung.4. Die Verwaltung wird beauftragt, dazu einen entsprechenden Vertragsentwurf zu erarbeiten und diesen der Ratsversammlung zur Entscheidung vorzulegen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung (Federführung)
Aktueller Sachstand	Die RV wurde am 07.06.2016 über den Sachstand informiert (0360/2013/MV). Dabei ging es um die Frage, inwieweit dem Verein „Freies Radio Neumünster e. v.“ kostenfrei Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden können. Der Sachstand ist unverändert.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 11.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	16.02.2016 / Ratsversammlung TOP 11.6 - 0252/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Deutsch für alle
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die RV beschließt auf Antrag der SPD-Ratsfraktion, dass die Verwaltung beauftragt wird, zusammen mit der VHS ein Programm „Deutsch für alle“ zu erarbeiten, das allen Flüchtlingen, die Neumünster nach ihrem Aufenthalt in einer Erstaufnahmeeinrichtung zugewiesen werden, die Teilnahme an einem jeweils angemessenen Deutschkurs ermöglicht. Die Inhalte sollen sich an dem entsprechenden Programm aus Lübeck orientieren, das dem Antrag als Anlage beigefügt ist.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Fachdienst Dezentrale Steuerungsunterstützung
Aktueller Sachstand	Im Handlungskonzept „Kommunales Flüchtlingsmanagement von der Aufnahme bis zur Integration von Menschen mit Fluchterfahrung“ (0929/2013/DS) wird in Kapitel 9 gesondert auf die Integration durch Sprachförderung eingegangen. Mit Beschluss der RV am 18.07.17 wurde „Deutsch für Alle“ in der im Konzept vorgeschlagenen Weise zugestimmt. Die kommunale Koordinierungsstelle von Bildungsangeboten für Neuzugewanderte Frau Katharina Mattheis ist für die konzeptionelle Umsetzung des Beschlusses zuständig. Es wurden bereits erfolgreich verlaufende Gespräche mit den dazugehörigen Akteuren geführt. Zurzeit existiert ein Bedarf für neun Personen, die aus den Staaten Afghanistan, Armenien und dem Kosovo stammen.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 12.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	16.02.2016 / Ratsversammlung TOP 11.12 - 0256/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der BfB-Ratsfraktion betr. Konzept für ein flächendeckendes Netz an frei zugänglichen Toiletten
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die RV beschließt auf Antrag der BfB-Ratsfraktion, die Verwaltung zu beauftragen, mit geeigneten Gastronomen und Firmen ein Konzept für ein flächendeckendes Netz an frei zugänglichen „Netten Toiletten“ in Neumünster zu verhandeln. Die gefundenen Standorte, die ggf. zu schließenden städtischen WC-Anlagen sowie die finanziellen Auswirkungen sind den zuständigen Ausschüssen und der Ratsversammlung zur Entscheidung vorzulegen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Wegen der erforderlichen Einbindung der freien Wirtschaft wurde überlegt, welche Multiplikatoren sich dazu anbieten könnten. Ein Gastronomiebetrieb hat initiativ Interesse bekundet. Darüber hinaus gibt es keinen neuen Sachstand.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 13.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	26.04.2016 / Ratsversammlung TOP 11.2 - 0275/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Straßensanierungen, Alternativen zur bisherigen Straßenaufteilung
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die RV beschließt auf Antrag der CDU-Ratsfraktion bei anstehenden Straßensanierungen eine umfassende Darlegung der zuvor durchgeführten und der aktuell geplanten Maßnahmen sowie der damit verbundenen Kosten. Zudem soll die Belastung durch den Verkehr ermittelt werden. Die Kostenermittlung ist den Gremien vorzulegen. Die Anlieger sind zu informieren. Durch Abstimmung mit den Leitungsträgern ist sicherzustellen, dass sanierte Straßen binnen der nächsten 4 Jahre nicht erneut aufgerissen werden müssen. Zudem soll die Verwaltung Alternativen zur bisherigen Straßenaufteilung aufzeigen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Siehe MV 0436/2013/MV vom 16.02.2017 zu dem Verzeichnis der Straßenkategorien in Neumünster. Der Entwurf der geänderten Straßenbaubeitragssatzung lag den Gremien zur anschließenden Beratung vor (0803/2013/DS) und wurde zurückgestellt bis Ausführungsbestimmungen vorliegen. Außerdem sind Änderungen des KAG zu erwarten.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 14.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	26.04.2016 / Ratsversammlung TOP 11.7 - 0275/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der BfB-Ratsfraktion betr. Straßenbaubeitragsatzung, ergänzende Informationen zu den Straßen und deren Veröffentlichung auf der städtischen Homepage
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die RV beschließt auf Antrag der BfB-Ratsfraktion, umfassende Informationen zu den Straßen in der Stadt Neumünster auf der städtischen Homepage zu veröffentlichen. Dabei geht es im Wesentlichen um durchgeführte und geplante Sanierungen und die damit verbundenen Kosten bzw. deren Umlage auf die Bürger. Für die Kategorisierung von Straßen sind die Kriterien zu definieren.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung bzw. Gebäudewirtschaft, Tiefbau und Grünflächen – Abt. Tiefbau
Aktueller Sachstand	Siehe Nr. 13. Die Angelegenheit kann zurzeit nicht bearbeitet werden, da die Satzung nicht beschlossen wurde. Außerdem sind Änderungen des Kommunalabgabengesetzes zu erwarten.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 15.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	12.07.2016 / Ratsversammlung TOP 11.1 – 0287/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Gemeinsames Projekt zur Attraktivitätssteigerung der Fußgängerzone
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Mit dem Ergänzungsantrag der SPD-Rathausfraktion (Zweiter Satz) beschließt die RV, dass die Verwaltung gebeten wird, Gespräche mit den Grundeigentümern der Lütjenstraße mit dem Ziel zu führen, zu prüfen, ob die Bereitschaft besteht, ein gemeinsames Projekt zur Attraktivitätssteigerung dieser Fußgängerzone zu verwirklichen. Die Verwaltung möge das Ergebnis der Gespräche mit den Anliegern in der ersten Ratsversammlung 2017 mitteilen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Der Bereich „Lütjenstraße“ wurde im Rahmen der Planungswerkstatt mit bearbeitet. Über die Planungswerkstatt wurde ausführlich im I. Quartal 2017 berichtet. Die Eigentümer der Gebäude in der Lütjenstraße wurden angeschrieben. Aufgrund der unterschiedlichen Reaktionen finden weitere vertiefende Gespräche statt.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 16.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	12.07.2016 / Ratsversammlung TOP 11.6 – 0288/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag des RH Griese, Die Linke, betr. Carlstraße als Fahrradstraße
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Der Ursprungsantrag wird in der Fassung des Änderungsantrages durch die Ratsfraktion der Grünen wie folgt durch die RV beschlossen: 1. Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, wie in der Carlstraße zwischen Roonstraße und Sauerbruchstraße der Fahrradverkehr im Sinne des Antrags „Fahrradstadt Neumünster“ vom 27. August 2013 optimiert werden kann. 2. Die Varianten sind dem zukünftigen Planungs- und Umweltausschuss zeitnah vorzulegen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung, Gebäudewirtschaft, Tiefbau und Grünflächen, Straßenverkehrsangelegenheiten
Aktueller Sachstand	Der Prüfauftrag wurde bearbeitet. Das Thema wurde im Rahmen einer Beschlussvorlage im Juni 2017 beraten und bis zur Beteiligung der Stadtteilbeiräte Gartenstadt und Stadtmitte zurückgestellt. Der Stadtteilbeirat Gartenstadt hat die Angelegenheit zwischenzeitlich beraten. Die Beratung durch den Stadtteilbeirat Stadtmitte findet am 11.10.2017 statt.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 17.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	27.09.2016 / Ratsversammlung TOP 11.1 – 0241/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden politischen Entscheidungen
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die RV beschließt den modifizierten und somit ergänzten Antrag der SPD-Ratsfraktion: <ol style="list-style-type: none">1. Zur Erfüllung des § 47f Absatz 1 u. 2 der GO wird ein demokratisch legitimiertes Gremium (z. B. Jugendparlament oder Jugendbeirat) gewählt mit folgenden Rechten;<ul style="list-style-type: none">◆ Antrags- und Rederecht in allen städtischen Ausschüssen◆ Anhörung bei allen kinder- und jugendrelevanten Vorhaben◆ Beratung von Anträgen der Jugendverbände, politischer Jugendorganisationen, Kitas, Jugendhäusern, Schülerververtretungen und Initiativen.2. Die Stadt unterstützt aktiv Projektformen zur Demokratieförderung durch Beratung und Hilfestellung und wenn erforderlich, mit Zuschüssen und richtet eine halbe Stelle in der Verwaltung als feste Ansprechperson für das Gremium ein.3. Die Stadt richtet eine FSJ-Stelle ein, die als Bindeglied zu den Kindern und Jugendlichen („Peers“) und zur außerschulischen Jugendarbeit dient.4. Aktive Unterstützung als Schulträger bei der Bildung einer Kreisschülerververtretung und deren positiver Begleitung inkl. Bereitstellung materieller und räumlicher Infrastruktur.5. Im Zuge zunehmender Betreuungsangebote in den Schulen (Schulsozialarbeit) müssen die Jugendhäuser noch besser in die vorhandenen Angebote integriert werden. Die außerschulische Bildung muss sowohl integraler Bestandteil einer konzeptionell umfassenden Demokratiepädagogik sein als auch wesentliche Berücksichtigung im Rahmen einer gleichberechtigten Kinder – und Jugendbeteiligung erfahren.6. Bei der Besetzung des Jugendhilfeausschusses wird den Jugendverbänden empfohlen, möglichst junge Vertreterinnen und Vertreter (z. B. bis 35 J.) vorzuschlagen.7. Für das neu zu gründende Gremium wird ab 2017 als jährliches Budget der Betrag von 5.000,00 Euro zur Verfügung gestellt.8. Zur Förderung der Demokratiebildung in Kitas sowie in Grund- und weiterführenden Schulen wird ein Partizipationspreis, der alle zwei Jahre vergeben wird, ausgelobt. Die

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

	<p>dafür notwendigen Regularien werden von der Verwaltung erstellt und dem Jugendhilfeausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Dieser Preis soll ein Tandem-Preis sein, d. h., eine Partizipations-Kita/-Schule schult eine andere Kita/Schule, die noch nicht partizipativ arbeitet. Der Preis soll dann an beide Einrichtungen gehen.</p> <p>9. Die Fraktionen stellen jeweils eine Patin oder einen Paten für das Gremium zur Unterstützung der demokratischen Arbeit (z. B. Formulierung von Anträgen, Erklärung von politischen Prozessen etc.).</p> <p>10. Die finanzwirksamen Punkte des Antrages, sind in den Haushalten 2017/2018 sicher zu stellen.</p> <p>Die Ratsversammlung würde es begrüßen, wenn die Stadtverwaltung es einrichten könnte, die Jugendparlamentssitzungen im Ratssaal stattfinden zu lassen.</p>
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Schule, Jugend, Kultur und Sport, Abteilung Kinder- und Jugendarbeit, Schulsozialarbeit und Fachdienst Zentrale Verwaltung und Personal
Aktueller Sachstand	Die neu einzurichtende halbe Sozialpädagogen-Stelle wurde zum 01.02.2017 besetzt. Die neu eingerichtete FSJ-Stelle als Bindeglied zu den Kindern und Jugendlichen wurde zum 15.08.2017 besetzt. Die Wahl eines demokratisch legitimierten Gremiums der Kinder- und Jugendbeteiligung ist für das Frühjahr 2018 geplant. Die hierfür erforderliche Satzung und die Wahlordnung sollen den Selbstverwaltungsgremien möglichst kurzfristig zur Entscheidung vorgelegt werden.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 18.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	27.09.2016 / Ratsversammlung TOP 16 – 0754/2013/Ds
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Fortschreibung des 2. Regionalen Nahverkehrsplanes 2003-2007 <ul style="list-style-type: none">• Beschluss über die im Beteiligungsverfahren vorgetragene Anregungen• Beschluss über die Fortschreibung des 2. Regionalen Nahverkehrsplanes
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die RV beschließt den von RH Delfs für die SPD-Ratsfraktion eingebrachten Änderungsantrag, der den bisherigen Antragstext ersetzt: <ol style="list-style-type: none">1. Die RV hat die während des Beteiligungsverfahrens vorgetragene Anregungen geprüft und stimmt den Einzelanträgen gemäß der beiliegenden Übersicht und der in der diesem Antrag beigefügten Begründung aufgeführten Maßnahmenliste (Basis: Fahrplan 01.12.2014) zu. Dabei sollen die in der Begründung aufgeführten Punkte 1-4 sofort zum planmäßigen Fahrplanwechsel 2016 umgesetzt werden.2. Die RV beschließt die Fortschreibung des „2. Regionalen Nahverkehrsplanes 2003 – 2007“ gemäß § 5 ÖPNVG S-H bestehend aus dem 2.RNVP und dem Fortschreibendteil in der geänderten Fassung, nämlich Seite 4 b „1. Zur Verbesserung der intramodalen Verknüpfung...“ (weiter wie Maßnahmenliste).3. Die RV beauftragt die Verwaltung mit der grundlegenden Neuaufstellung des Regionalen Nahverkehrsplans und zwar mit folgender Maßgabe:<ol style="list-style-type: none">a) Es wird ein externer Sachverständiger beauftragt, der in Zusammenarbeit mit SWN Verkehr GmbH als direkt mit dem Stadtverkehr beauftragten Verkehrsunternehmen einen konkreten Vorschlag für einen straßengebundenen ÖPNV und einen RNVP für die Stadt – mit Handlungsempfehlungen u. a. zu den in der Begründung genannten Fragen und unter Berücksichtigung der dort genannten Bedingungen – vorlegen soll.b) Dabei soll folgender Zeitplan eingehalten werden:<ol style="list-style-type: none">aa) Für die RV am 22.11.2016 wird von der Verwaltung eine Vorlage für die Bestimmung und Beauftragung des Sachverständigen erwartet. Die Vorlage soll so gestaltet sein, dass der Sachverständige umgehend nach positivem Beschluss in der RV beauftragt wird.bb) Für die vorletzte RV vor der Sommerpause 2017 soll der Vorschlag des

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

	<p>Sachverständigen für eine erste Lesung vorliegen. cc) Unmittelbar anschließend wird ein Beteiligungsverfahren mit den Stadtteilbeiräten und das Beteiligungsverfahren gem. ÖPNV-Gesetz S-H durchgeführt. dd) In der letzten RV 2017 soll der neue RNVP in zweiter Lesung – unter Berücksichtigung des Ergebnisses des Beteiligungsverfahrens – endgültig abgeschlossen werden. ee) Die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen soll unmittelbar erfolgen durch einen außerplanmäßigen Fahrplanwechsel im ersten Halbjahr 2018.</p>
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	<p>Die Vergabe des Auftrages an ein externes Planungsbüro wurde von der Ratsversammlung am 14.02.2017 beschlossen (0922/2013/DS). Der Entwurf des 3. RNVP wurde erarbeitet und mit einer entsprechenden Drucksache in der Beratungsfolge im Juli 2017 von der Ratsversammlung beschlossen, um im Anschluss das oben unter cc) beschriebene Beteiligungsverfahren durchzuführen. Auf die Abweichung zu dem mit Beschluss zur Drucksache 0754/2013/DS vorgegebenen Zeitplan war bereits mit der Drucksache 0922/2013/DS hingewiesen worden. Aufgrund der überwiegend getrennten Beratung in den einzelnen Stadtteilbeiräten erst nach der Sommerpause 2017 (Ausnahme Stadtteilbeirat Wittorf) findet die letzte Befassung eines Stadtteilbeirats erst am 11.10.2017 statt. Die abschließende Beratung und Beschlussfassung durch die Ratsversammlung ist daher für die Sitzung im Monat Dezember 2017 vorgesehen.</p>
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 19.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	22.11.2016 / Ratsversammlung TOP 11.1 – 0321/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Wiederherstellung der Grünanlagen zwischen der Schleusau und Tuch & Technik
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Eine erneute Ausschreibung der Wiederherstellung der Grünflächen zwischen der Schleusau und Tuch & Technik soll nicht mehr erfolgen. Der Fachbereich Grünflächen wird unverzüglich damit beauftragt, die Fläche bis zu einem Betrag von höchstens 150.000 € neu zu gestalten.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Gebäudewirtschaft, Tiefbau und Grünflächen, Abteilung Grünflächen
Aktueller Sachstand	Die Fertigstellung der Grün- und Wegeflächen ist für die KW 41/42 (Anfang Oktober 2017) vorgesehen. Die Fertigstellung der Stahlbau- und Geländerarbeiten ist für die KW 44 (Ende Oktober 2017) vorgesehen. Die Baukosten für die Herrichtung der Freiflächen am Museum Tuch+Technik / Offener Ausbau Schleusau liegen innerhalb des Kostenrahmens von 150.000 €. Die durchgeführten Maßnahmen (Mauerabdeckung, museumsseitiges Geländer, Freiflächen mit Wegebau, Aufstellung Doppelwinkel J.-M. Rogge) belaufen sich auf ca. 110.000 € vorbehaltlich der Schlussrechnung.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Die Verwaltung betrachtet die Angelegenheit als erledigt.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 20.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	22.11.2016 / Ratsversammlung TOP 11.4 – 0314/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Erarbeitung einer Gesamtkonzeption für den gesamten ruhenden Verkehr im gesamten Stadtgebiet
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	<u>Der Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion wird beschlossen:</u> <ol style="list-style-type: none">1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Stadtgebiet Standorte für die Errichtung von zusätzlichen LKW-Stellplatzanlagen aufzuzeigen. Den zuständigen Ausschüssen sind die Vorschläge bis zur Sommerpause vorzulegen.2. Gegebenenfalls sollte auch in Gesprächen mit den Umlandgemeinden gemeinsam nach Lösungen gesucht werden.3. Für den übrigen gesamten ruhenden Verkehr wird kein Konzept erarbeitet.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung / Gebäudewirtschaft, Tiefbau und Grünflächen, Abteilung Grünflächen / Straßenverkehrsangelegenheiten
Aktueller Sachstand	Bei der Erstellung eines stadtweiten Gesamtkonzepts für den ruhenden LKW-Verkehr sind die zwischenzeitlich geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen (BGBl. 2017, Teil I Nr. 29 vom 24.05.2017) bezüglich der Wahrnehmung der Wochenruhezeit für LKW-Fahrer zu berücksichtigen. Weiter sind die sich aus dem sog. „Städtischen“ Ziel- und Quellverkehr sowie Transitverkehr ergebenden Fragen zu untersuchen. Die Untersuchungen sollen extern vergeben werden. Das Leistungsverzeichnis bzw. das Anforderungsprofil für eine Ausschreibung befindet sich in der Vorbereitung. Aufgrund der zahlreichen Aufgaben im Bereich der Verkehrsplanung wird die Angelegenheit voraussichtlich nicht vor dem Monat April 2018 abgeschlossen sein.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 21.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	22.11.2016 / Ratsversammlung TOP 11.5 – 0321/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Wohnraumentwicklungskonzept
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die Verwaltung wird beauftragt, das Wohnraumentwicklungskonzept der Stadt Neumünster zeitnah auf der Grundlage der tatsächlichen bzw. der prognostizierten Entwicklung zu aktualisieren und fortzuschreiben.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Das Ausschreibungsverfahren für eine externe Vergabe hat stattgefunden. Der Auftrag wurde vergeben. Die Grundlagenerhebung einschließlich Befragung von Unternehmen der Wohnungswirtschaft hat begonnen. Am 18.10.2017 findet ein entsprechendes Fachgespräch mit den Wohnungsmarktakteuren statt. Insbesondere kleinere private Akteure sind nur schwer ansprechbar bzw. reagieren nicht. Die Bedarfsanalyse soll dennoch im Dezember 2017 abgeschlossen werden. Der Ergebnisbericht einschließlich der Stadtteilprofile soll nach derzeitigem Kenntnisstand Mitte/Ende Januar 2018 vorliegen, so dass die Angelegenheit voraussichtlich im I. Quartal 2018 in den Selbstverwaltungsgremien beraten werden kann.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 22.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	22.11.2016 / Ratsversammlung TOP 11.7 – 0327/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen betr. Institut für Berufliche Bildung in Schleswig-Holstein, hier: Interessenbekundung des Standorts Neumünster
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Der Oberbürgermeister wird gebeten, gegenüber der Landesregierung und dem Ministerium für Schule und Berufsbildung des Landes das Interesse Neumünsters als Standort des geplanten Instituts für berufliche Bildung in Schleswig-Holstein (SHIBB) zu bekunden.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Schule, Jugend, Kultur und Sport
Aktueller Sachstand	Eine schriftliche Interessenbekundung des Oberbürgermeisters ist mit Datum vom 21.12.2016 an die Ministerin für Schule und Berufsbildung versandt worden. Das Schreiben ist bisher unbeantwortet geblieben. Mit Schreiben des OBM vom 06.07.2017 wurde der neuen Bildungsministerin Prien das weiterhin bestehende Interesse der Stadt Neumünster an der Ansiedelung des SHIBB mitgeteilt. Mittlerweile wurde die Thematik im Zuge der Regierungsumbildung dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus übertragen. Gem. Schreiben dieses Ministeriums vom 03.08.2017 wird dort eine Projektgruppe zur Bearbeitung des Themas aufgebaut, die zu einem späteren Zeitpunkt auf das Angebot der Stadt zurückkommen wird.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Über den Fortgang in der Angelegenheit wird berichtet.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 23.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	13.12.2016 / Ratsversammlung TOP 11.1 – 0335/2013/An, Dringlichkeitsantrag
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen, BfB, CDU, FDP und SPD betr. Resolution zum Erhalt des Bahnwerks Neumünster
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die Ratsversammlung (RV) der Stadt Neumünster betrachtet mit großer Sorge die Diskussion um den Bahnstandort in Neumünster. Eine Reduzierung des Arbeitsvolumens um ein Drittel in der Fahrzeuginstandhaltung bei der Bahn kann die RV in keiner Weise nachvollziehen. Die praktischen Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit haben die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit bei Revision, Umbau und Modernisierung von Reisezugwagen mehr als deutlich gezeigt. Die RV spricht sich deshalb für den Erhalt des Bahnwerks Neumünster in seiner jetzigen Form aus. Sollten Produktionsteile vom hiesigen Bahnwerk abgezogen werden, müssen dafür gleichwertige neue Aufgaben vor Ort angesiedelt werden. Die Ratsversammlung fordert mit Nachdruck alle Entscheidungsträger auf, sich für den Erhalt des Werks als bedeutenden Arbeitgeber in Neumünster und Schleswig-Holstein einzusetzen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Zentrale Verwaltung und Personal, Abteilung Zentrale Verwaltung
Aktueller Sachstand	Die Resolution wurde von der Stadtpräsidentin an Entscheidungsträger und politisch verantwortliche Personen und Institutionen zu Beginn des Monats Januar 2017 versandt. Es sind darauf hin schriftliche Antworten ergangen. Weiter haben Gespräche u. a. des Oberbürgermeisters mit den Verantwortlichen der Bahn stattgefunden. Die Entscheidung der Bahn in der Angelegenheit wird voraussichtlich bis zum Ende des Jahres 2017 erwartet.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 24.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	14.02.2017 / Ratsversammlung TOP 11.2 – 0341/2013/An, Dringlichkeitsantrag
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag des Ratsherrn Griese, Die Linke, betr. Umbenennung der Agnes-Miegel-Straße in Anni-Wadle-Weg
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Mit dem Änderungsantrag der SPD-Ratsfraktion wird der ursprüngliche Antragstext wie folgt beschlossen: <ol style="list-style-type: none">1. Die Verwaltung wird beauftragt, in einem gesonderten Verfahren zu überprüfen, ob die Benennung einer Straße nach Agnes Miegel im Hinblick auf ihre Rolle und ihr Wirken in der Zeit des nationalsozialistischen Unrechtsstaates sowie ihre Haltung zu dieser Frage nach 1945 angemessen und vertretbar ist. Die entsprechenden Fakten sind historisch fundiert darzulegen.2. Die Ergebnisse dieser Prüfung sind der Ratsversammlung nach erfolgter Beteiligung aller relevanten Stellen (Stadtteilbeirat, Gleichstellungsstelle etc.) und einer Vorberatung in den zuständigen Ausschüssen vorzulegen.3. Sollte das Ergebnis der Prüfung ergeben, dass eine Straßenumbenennung geboten ist, ist die neue Namensgebung nach dem üblichen Verfahren vorzunehmen
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Schule, Jugend, Kultur und Sport bzw. Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen. Die Verwaltung wird der Ratsversammlung zu deren Sitzung am 12.12.2017 einen Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise unterbreiten.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 25.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	04.04.2017 / Ratsversammlung TOP 11.5 - 0346/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Mensabau Kita / Grundschule Gartenstadt
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Der Antrag in der modifizierten Fassung vom 04.04.2017, einschließlich des Ergänzungsantrags der CDU-Ratsfraktion bezüglich der neuen Ziffer 3, wird einstimmig wie folgt beschlossen: <ol style="list-style-type: none">1. Für die Grundschule Gartenstadt ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt für eine provisorische Mittagsverpflegung am Standort zu sorgen. Dies kann ggf. Über eine Containerlösung erfolgen.2. Für die Kita ist von der Verwaltung zu prüfen, ob in die Planung des Neubaus ein Familienzentrums eingerichtet werden kann. Dabei ist sowohl der Bedarf zu ermitteln als auch zu überprüfen, ob die notwendige Fläche vorhanden ist. Das Ergebnis ist den beteiligten Ausschüssen mitzuteilen.3. Gleichzeitig ist zu prüfen, ob der Platzbedarf und das Raumprogramm des Neubaus ausreichend sind, um den jetzigen und zukünftigen Bedarf an Kita-Plätzen zu decken.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Frühkindliche Bildung - Abt. Verwaltung – Schule , Jugend, Kultur und Sport zu Punkt 1.
Aktueller Sachstand	Zu den einzelnen Punkten des Beschlusses wird wie folgt berichtet: 1. Der Schule wurden durch die Verwaltung aus deren Sicht vertretbare Umsetzungsoptionen zur Einnahme einer provisorischen Mittagsverpflegung in derzeit schulisch genutzten Räumen innerhalb des Schulgebäudes aufgezeigt. Nach eingehender Prüfung aller Optionen kam die Schule zu dem Ergebnis, dass eine Nutzung von bestehenden Räumen innerhalb des Schulgebäudes nicht möglich sei und die Durchführung einer provisorischen Mittagsverpflegung ausschließlich durch die Schaffung einer Containeranlage zu realisieren wäre. Für eine Entscheidung zum weiteren Fortgang werden durch die Verwaltung derzeit die voraussichtlich zu erwartenden Kosten für die Herrichtung einer Containerlösung errechnet. Die voraussichtlichen Kosten sowie ein möglicher Umsetzungszeitraum für die Errichtung einer

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

	<p>Containeranlage wurden dem Schul-, Kultur- und Sportausschuss in der Sitzung am 14.09.2017 zur Kenntnis gegeben (0490/2013/MV).</p> <p>2. Eine Drucksache für die nächste Beratungsfolge im November befindet sich in Vorbereitung. Es wird darin vorgeschlagen, dem Raumprogramm zum Neubau der Kindertagesstätte Gartenstadt und der gemeinsamen Mensa mit der OGTS Gartenstadt zuzustimmen.</p> <p>3. Die Drucksache sieht zudem vor, dass die Verwaltung beauftragt wird, neben der Planung des Neubaus der Kita mit der Mensa auch die Möglichkeit der Realisierung eines Familienzentrums an dem Standort zu prüfen.</p>
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 26.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	13.06.2017 / Ratsversammlung TOP 11.2 - 0367/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Varianten zum Schulstandort Wilhelm-Tanck-Schule
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, welche der nachfolgenden Varianten zum Schulstandort Wilhelm-Tanck-Schule die wirtschaftlich sinnvollste Lösung ist: <ol style="list-style-type: none">1. Neubau von notwendigen Klassen-, Gruppen- und Nebenräumen nahe dem Gelände der Schule oder2. Die Nutzung der vorhandenen Räumlichkeiten der Helene-Lange-Schule in unmittelbarer Nähe. Gleichzeitig soll dargestellt werden, ob ausreichende Grundstücksflächen tatsächlich zur Verfügung stehen und wann frühestens ev. Neubauten für den Schulbetrieb bereit stehen würden.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Fachdienst Gebäudewirtschaft, Tiefbau und Grünflächen / Fachdienst Schule , Jugend, Kultur und Sport
Aktueller Sachstand	Die Verwaltung hat die Fragen mit der Mitteilungsvorlage Nr. 0479/2013/MV in der Sitzung des Schul-, Kultur- und Sportausschusses am 14.09.2017 und in der Ratsversammlung am 26.09.2017 beantwortet.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Die Angelegenheit ist als erledigt anzusehen.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 27.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	18.07.2017 / Ratsversammlung TOP 11.2 - 0381/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von CDU und SPD betr. Konzept zur Vernetzung der Grünbereiche im Stadtgebiet
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln mit dem Ziel, möglichst viele Grünbereiche im Stadtgebiet zu vernetzen. Dabei sollen das Kleingartenkonzept, die landesweiten Biotopachsen an der Schwale, der Stör du der Dosenbek, die innerstädtischen Parkanlagen und die Friedhöfe die Grundlagen für eine grüne Infrastrukturentwicklung bilden. Die jeweiligen Freiräume sollen fußläufig untereinander gut erreichbar sein. Auf ortsspezifische Besonderheiten könnten entsprechende Wegweiser hindeuten. Die Verwaltung wird gebeten, dafür Fördermittel aus dem Städtebauförderungsprogramm „Zukunft Stadtgrün“ umgehend zu beantragen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Fachdienste Stadtplanung und -entwicklung / Umwelt und Bauaufsicht
Aktueller Sachstand	Wie im Rahmen der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 01.06.2017 angekündigt, wurde ein Antrag auf Förderung im Rahmen des Programms „Stadt im Wandel“ für den Bereich der Schwaleniederung /Wrangelstraße gestellt. Eine Rückmeldung aus dem zuständigen Ministerium liegt noch nicht vor. Aus Sicht der Verwaltung sollten keine weiteren Planungen zu Städtebauförderungsmaßnahmen begonnen werden, bevor die vorliegenden Anträge nicht entschieden wurden.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 28.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	18.07.2017 / Ratsversammlung TOP 11.5 - 0384/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Ausschreibung der städtischen Flächen für Altkleidercontainer.
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	<ol style="list-style-type: none">1. Die Verwaltung schreibt die Standflächen der zur Zeit von der Firma Texaid mit Altkleidercontainern besetzten städtischen Flächen zur Vergabe gegen Höchstgebot aus und vergibt diese Flächen an denjenigen, der das höchste Gebot abgibt.2. Das Mindestgebot darf die jetzige Einnahme durch die Firmas TexAid nicht unterschreiten.3. Die Hälfte der Summe fließt der Neumünsteraner Tafel e. V. zu.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Fachdienst Technisches Betriebszentrum
Aktueller Sachstand	Die geplante Ausschreibung befindet sich in der Abstimmung zwischen den beteiligten Fachdiensten (70, 50, 32).
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 29.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	18.07.2017 / Ratsversammlung TOP 11.8 - 0376/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von CDU und BfB betr. Sozialer Wohnungsbau in Neumünster
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	<p>Die Verwaltung, vertreten durch den Oberbürgermeister als Gesellschafter der WOBAU, wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft (WOBAU) und den nicht städtischen Wohnungsbaugesellschaften sowie den privaten Vermietern, differenziert nach den einzelnen Stadtteilen zu untersuchen, ob ausreichend sozialer Wohnraum in Neumünster zur Verfügung steht.</p> <p>In einem ersten Schritt wird die Verwaltung beauftragt, zeitnah den jetzigen Bestand an Sozialwohnungen, möglichst für die einzelnen Stadtteile gesondert zu dokumentieren. Privatwirtschaftliche Vermieter und nicht städtische Wohnungsbaugesellschaften sollen in die Bestandsaufnahme einbezogen werden. Es ist eine Bedarfsanalyse unter der Berücksichtigung des spekulativen Leerstandes zu erstellen.</p> <p>Dabei ist vorrangig zu prüfen, ob aus dem Wohnungsbestand heraus das Angebot für die unten genannten Personengruppen ausreichend erhöht werden kann. Ansonsten ist von der Verwaltung darauf hinzuwirken, dass entsprechende Wohnungen gebaut werden. Es sollen dabei alle Möglichkeiten der Förderung durch Bund und Land ausgeschöpft werden. Bei den Planungsüberlegungen für Wohnungen sollen folgende Vorgaben berücksichtigt werden:</p> <ul style="list-style-type: none">• Barrierefrei und altengerecht• für Familien mit mehreren Kindern• für junge Menschen, die alleine wohnen• für Menschen mit einem nicht so optimalen Lebensverlauf• für Menschen mit negativer Schufa-Auskunft• für Menschen, die durch Transferleistungen von der KdU abhängig sind. <p>Darüber hinaus sollte bei den Planungen darauf geachtet werden, eine gute Durchmischung des</p>

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

	<p>Bestandes an Sozialwohnungen und anderen Wohnformen in den jeweiligen Stadtteilen zu erreichen.</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, neben dem sozialen Wohnungsbau auch die Wünsche von interessierten Bürgerinnen und Bürgern für Wohnungen mit höherem Standard nicht außer Acht zu lassen.</p>
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Fachdienste Stadtplanung und -entwicklung und Haushalt und Finanzen
Aktueller Sachstand	Inhaltlich wird dieser Punkt bereits in Rahmen der Fortschreibung des Wohnraumversorgungskonzeptes (siehe lfd. Nr. 22) abgehandelt.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Der Antrag ist aus Sicht der Verwaltung als erledigt anzusehen.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 30.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	26.09.2017 / Ratsversammlung TOP 11.1 - 0394/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von CDU und SPD betr. Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die Ratsversammlung beschließt, dass die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ zu unterzeichnen ist und die Stadt Neumünster dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt e. V.“ beitrifft.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Fachdienste Umwelt und Bauaufsicht und Gebäudewirtschaft, Tiefbau und Grünflächen
Aktueller Sachstand	Die Angelegenheit befindet sich in der Bearbeitung.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 31.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	26.09.2017 / Ratsversammlung TOP 11.2 - 0392/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Gespräch über Missstände bei der Deutschen Bahn
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Der Oberbürgermeister wird gebeten, mit den zuständigen Stellen der Deutschen Bahn ein Gespräch im Bezug auf die Sauberkeit, das Müllaufkommen und die große Anzahl der Vögel im Bahnhofsbereich zu führen, mit dem Ziel, dass die Missstände möglichst bald behoben werden.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Fachdienste 12, Stadtplanung und -entwicklung, Gebäudewirtschaft, Tiefbau und Grünflächen
Aktueller Sachstand	Die Angelegenheit befindet sich in der Bearbeitung
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 32.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	26.09.2017 / Ratsversammlung TOP 11.3 - 0393/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von CDU und BFB betr. Stadtteilrahmenpläne
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die Verwaltung wird beauftragt, Stadtteilrahmenpläne als teilräumliche Entwicklungskonzepte aus dem gesamtstädtischen räumlichen Leitbild des integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) abzuleiten und diese in Zusammenarbeit mit den Stadtteilbeiräten und anderen Beteiligten weiterzuentwickeln. Die Stadtteilrahmenpläne sollen dazu dienen, die weitere Quartierentwicklung im gesamtstädtischen Kontext, unter Berücksichtigung der teilräumlichen Besonderheiten, zu unterstützen und Projekte zu integrieren.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Fachdienst Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Die Angelegenheit befindet sich in der Bearbeitung.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 33.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	26.09.2017 / Ratsversammlung TOP 11.4 - 0395/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Konzept für Kunst im öffentlichen Raum
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	<p>Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept für das Aufstellen von Kunst im öffentlichen Raum zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Die Vorberatung soll zunächst im Schul-, Kultur- und Sportausschuss und anschließend in den anderen zu beteiligenden Ausschüssen erfolgen. Das Konzept wird danach der Ratsversammlung zur Entscheidung vorgelegt.</p> <p>Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, zeitnah ein Konzept der Kunst- und Denkmäler im öffentlichen Raum zu erstellen. Es sollen darin die Erfassung der Objekte, der Zustand sowie die Rechte am Objekt – gern tabellarisch – aufgelistet und dargestellt werden.</p> <p>Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, die Unterlagen aus den verschiedenen Fachbereichen zu bündeln, an einer Anlaufstelle langfristig anzusiedeln, sowie einen verlässlichen Ansprechpartner in der Verwaltung zu benennen.</p> <p>Dem Fachausschuss soll diese Erfassung mit einer Prioritätenliste der Renovierungsbedarfe, ihrer Kosten sowie mögliche Handlungsempfehlungen zur Beratung vorgelegt werden.</p>
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Fachdienst Schule, Jugend, Kultur und Sport
Aktueller Sachstand	Die Angelegenheit befindet sich in der Bearbeitung.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 34.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	26.09.2017 / Ratsversammlung TOP 11.5 - 0396/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der SPD-Ratsfraktionen betr. Übernahme der Kosten des Schulträgers durch das Land bei Umstellung der Gymnasien von G8 auf G9.
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die Ratsversammlung erwartet vom Land Schleswig-Holstein, dass sämtliche Kosten, die dem Schulträger bei der Umstellung der Gymnasien von G8 auf G9 entstehen, dauerhaft und unmittelbar durch das Land erstattet werden. Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, dies bei der Beratung über die mögliche Umstellung sicher zu stellen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Fachdienst Schule, Jugend, Kultur und Sport
Aktueller Sachstand	Die Angelegenheit befindet sich in der Bearbeitung.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Oktober 2017

Lfd. Nr. 35.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	26.09.2017 / Ratsversammlung TOP 11.8 - 0376/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag des Stadtteilbeirats Wittorf betr. Gedenktafel zur Erinnerung an die Opfer des Todesmarsches im April 1945.
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die Verwaltung wird beauftragt, eine Gedenktafel an der Altonaer Straße, in Höhe Wittorferfeld, zur Erinnerung an die Opfer des Todesmarsches im April 1945 aufzustellen. Die Planung über den konkreten Ort und eine Gedenkveranstaltung – möglichst am 18. November 2017 – sollte in enger Abstimmung mit dem Schleswig-Holsteinischen Heimatbund (SHHB) und dem Stadtteilbeirat erfolgen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Fachdienste Schule, Jugend, Kultur und Sport und Gebäudewirtschaft, Tiefbau und Grünflächen
Aktueller Sachstand	Die Angelegenheit befindet sich in der Bearbeitung
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	